

Deutschland ohne türkische Gastarbeiter



Anlässlich der 50jährigen Ansiedlung von Türken in Deutschland durch die politische Schickeria übertrifft sich die „Elite“ der Bunten Republik derzeit wieder einmal gegenseitig mit Selbstlob über die Errungenschaften ihrer Einwanderungspolitik. Und kein Presseorgan weit und breit, das nicht mit einstimmt in diesen Chor der amtlich inszenierten Jubelpropaganda über die angeblichen Bereicherungen insbesondere durch türkische Gastarbeiter. Tatsächlich aber wären wir gerade ohne türkische Gastarbeiter reicher, sicherer, rechtsstaatlicher und freier.

(Von Daniel Kuhn)

1. Wir wären reicher

Da die politische Schickeria die Nettokosten ihrer Einwanderungspolitik beharrlich verschweigt, gibt es über die finanziellen Belastungen der Deutschen durch die Anwesenheit türkischer Gastarbeiter nur Mutmaßungen. Ein recht brauchbarer Näherungswert lässt sich aber bereits aus den Kosten der Sozialhilfe und vergleichbarer Stützungsmaßnahmen (Wohngeld etc.) ableiten, die etwa zu 60% an nicht arbeitende Gastarbeiter gezahlt werden. Je nach Berechnungsmodell gelangt man schnell in Größenordnungen zwischen 30 und 50 Milliarden Euro, Jahr für Jahr wohlgemerkt, die die Deutschen derzeit für die bloße Anwesenheit nicht arbeitender Gastarbeiter in ihrem

Land, darunter mehrheitlich türkische Gastarbeiter, aufzuwenden haben. Rechnet man nur diese Beträge für die vergangenen Jahrzehnte zusammen, summieren sich die Gesamtkosten für die Anwesenheit nicht arbeitender Gastarbeiter für die vergangenen Jahrzehnte schnell auf mindestens 1000 Milliarden Euro, wovon ein gutes Drittel, also rund 350-400 Milliarden Euro, auf Direktzahlungen an nicht arbeitende Türken entfallen dürfte. Anders ausgedrückt: Über die Hälfte der heutigen bundesrepublikanischen Staatsschulden in Höhe von 2000 Milliarden Euro sind auf das luxuriöse, völlig überflüssige Ethno-Experiment unserer politischen Schickeria zurückzuführen, 20% der gesamten Staatsschulden allein auf Direktzahlungen an nicht arbeitende Türken.

Selbst wenn man die horrenden strukturellen Folgekosten gar nicht einrechnet, die sich aus der notorischen Nähe besonders der türkischen Gastarbeiter zum kriminellen Milieu und der massiven Niveausenkung durch bildungsferne türkische Gastarbeiterkinder im deutschen Schulwesen ergeben, lässt sich also leicht erkennen, dass wir ohne nicht arbeitende Gastarbeiter in unserem Land nicht nur deutlich weniger öffentliche Schulden hätten, sondern von einer stabileren Finanzlage der staatlichen Kassen auch in unserem privaten Geldbeutel profitieren würden: Statt Monat für Monat 10-20% der von uns brav gezahlten Steuern direkt an nicht arbeitende Gastarbeiter, größtenteils Türken, weiterzuleiten, würde uns der Staat entweder weniger Steuern abknöpfen oder mehr Gegenleistung erbringen. Wir hätten also am Monatsende viel mehr Netto in der Tasche, die öffentliche Infrastruktur würde nicht verfallen, die Rente wäre sicher, das Gesundheitswesen nicht bankrott, und unsere Soldaten müssten nicht mit zweitklassiger Ausrüstung ihr Leben riskieren.

2. Wir wären sicherer

Gerade die derzeit so künstlich hochgejubelten türkischen Gastarbeiter fielen von Anfang an durch ihre überproportionale Straffälligkeit bei Kapitalverbrechen auf. Besonders die

zahllosen Vergewaltigungen durch türkische Gastarbeiter sind ein finsternes, daher von unseren Behörden höchst umsichtig verschwiegenes Kapitel der Gastarbeitersaga. Die Statistiken aller deutschen Großstädte sprechen eine eindeutige Sprache: Ohne türkische und arabische Gastarbeiter wäre Deutschland ein Land nahezu ohne Vergewaltigungen, vermutlich einer der Gründe, weshalb die linke Frauenbewegung, sonst mit wüsten Anklagen gegen die böse Männerwelt schnell zur Stelle, dieses Thema schon seit Mitte der 80er-Jahre gänzlich ausklammert.

Dass der Niedergang der öffentlichen Sicherheit in unseren Städten in direktem Zusammenhang mit der Zunahme der Gastarbeiter steht, ist aufgrund der Offensichtlichkeit dieses Zusammenhangs längst eine allgemeine Binsenweisheit, die nicht weiter erörtert zu werden braucht, ganz gleich wie bemüht sie amtlicherseits bestritten wird. Ausdrücklich hervorgehoben sei im konkreten Fall der türkischen Gastarbeiter an dieser Stelle aber noch einmal der Rauschgifthandel. Türkische Dealer finden sich heute auf jedem Schulhof, ohne türkische Gastarbeiter und deren Hintermänner im angeblichen Freundschaftsstaat Türkei käme der Rauschgifthandel in Deutschland schnell zum Erliegen. Die Leichenberge der Tausenden von Drogentoten, die in Deutschland seit den 70er-Jahren zu beklagen sind, sind daher in das Saldo der staatlichen Einwanderungspolitik mit einzurechnen. Wenn die Wulffs und Wowereits also das nächste Mal den vermeintlich bereichernden Beitrag der türkischen Gastarbeiter loben und dabei die kriminellen Facetten gerade der türkischen Gastarbeiterwelt wieder raffiniert verschweigen, dann sollten sie sich bewusst sein, dass sie durch dieses Schweigen zu Mittätern werden, dass sie Mitschuld tragen und dass Blut auch an ihren Händen klebt.

3. Wir wären rechtsstaatlicher und freier

Dass ein Staat, dessen Richter heute routinemäßig vorwiegend von türkischen Gastarbeitern Morddrohungen erhalten, wenn sie nicht das „Recht“ sprechen, das den türkischen Prozessbeteiligten gefällt, kein Rechtsstaat mehr ist, sondern

sich zunehmend widerstandslos in einen pseudorechtlichen Willkürstaat verwandelt, zählt zu den besonders bedrohlichen Folgen der Gastarbeiteransiedlung. Noch schwerer aber wirken die strukturellen Änderungen im Rechtsverständnis, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der wachsenden politischen Einflussnahme gerade der türkischen Gastarbeiter stehen. Bekanntlich zählt die Türkei mit ihrer von Mussolini abgekupferten Ideologie aus den 20er-Jahren bis heute zu den extrem nationalistischen Staaten der Welt, eine Vorprägung, von der sich viele türkische Gastarbeiter auch in Deutschland nicht lösen können. Die Selbstisolation der Türken in Deutschland beruht daher nicht nur auf der traditionell islamischen Selbstabgrenzung gegenüber „Ungläubigen“, sondern auch auf dem ausgeprägt nationalistischem Gedankengut, das in vielen türkischen Familien gang und gäbe ist. Dieser nationalistische Eifer ist auch eine der Haupttriebfedern hinter dem auffälligen politischen Ehrgeiz gerade der türkischen Gastarbeiter: Hervorragend organisiert treibt eine stark nationalistisch geprägte türkische Polit-Elite die deutschen Parteien vor sich her und ringt ihnen aus nationalistischen Motiven (Schlagwort: „Almanyani Türkleschmesi“ – „Türkisierung Deutschlands“) z.B. Gastarbeiterquoten im öffentlichen Dienst ab, ein klarer Verstoß gegen das grundgesetzliche Verbot einer staatlichen Bevorzugung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Abstammung (Artikel 3 GG). Ebenso wenig mit rechtsstaatlichen Grundsätzen zu vereinbaren ist das berüchtigte „Antidiskriminierungsgesetz“ mit seiner totalitären Beweislastumkehr, die vor allem auf eine faktische Bevorzugung von Gastarbeitern bei der Arbeitsplatzvergabe und der Wohnungsvermietung abzielt, oder die jüngste Verschärfung des Volksverhetzungsparagrafen, nunmehr ein antidemokratischer Maulkorberlass, der jede Kritik an der staatlichen Einwanderungs- und Siedlungspolitik, an Islamisierung und Türkisierung quasi unmöglich macht. Ohne die türkischen Gastarbeiter und deren von nationalistischem Ehrgeiz getriebene Polit-Akteure hinter den Kulissen könnte

man in Deutschland also weiterhin auch ohne Ahnenpass Beamter werden, man könnte seine Wohnung an jeden vermieten, den man für zuverlässig hält, man dürfte einstellen, wen man für fähig hält, und wir könnten frei wie früher über Ostfriesenwitze lachen, ohne jegliche Furcht, dass uns der liebe Nachbar dafür bei der Gestapo verpfeift.

Zusammenfassend sei festgehalten

Zieht man Bilanz nach 50 Jahren Anwesenheit türkischer Gastarbeiter in Deutschland, reicht es nicht allein, auf die massiven Kostenbelastungen zu verweisen, die sich vor allem aus der Anwesenheit der nicht arbeitenden türkischen Gastarbeiter für die Deutschen ergeben. Zusätzlich sind die massiven qualitativen Veränderungen zu berücksichtigen, durch die gerade die türkischen Gastarbeiter das gesamte strukturelle Gleichgewicht des Landes, sei es im Schulwesen, in Fragen der inneren Sicherheit oder in der Justiz, negativ beeinträchtigen. Eine dringend nötige Forderung an die Politik nach 50 Jahren weitgehend düsterer Erfahrungen sollte daher auch heißen: Rückführungsprogramme!